



CDU-Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

30. Juni 2017



Nach dem Spiel ist vor dem Spiel

Mit dem Ende des heutigen Sitzungstages beginnt die parlamentarische Sommerpause. Die 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages biegt auf die Zielgerade ein. Die CDU-Landesgruppe kann eine sehr positive Bilanz der letzten vier Jahre ziehen: Mit zahlreichen Gesetzesvorhaben und Projekten konnten wichtige Impulse für Bürger und Unternehmen in Baden-Württemberg gesetzt werden. Seitens der Landesgruppe verstehen wir uns als Speerspitze Baden-Württembergs in Berlin - für dieses Ziel haben alle 43 Abgeordnetenkollegen mit großem Engagement und einem hohen persönlichen Einsatz gekämpft.

Dies ist unser Anspruch auch für die kommenden Jahre: Mit einem starken Ergebnis bei der Bundestagswahl am 24. September wollen wir die Stärke der Landesgruppe erhalten, um auch in Zukunft Politik für Baden-Württemberg in Berlin machen zu können. Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung!

Ihr **Andreas Jung**

Bundestag ermöglicht Öffnung der Ehe



Auch gleichgeschlechtliche Paare können künftig eine Ehe eingehen. Der Bundestag stimmte am Freitag für eine entsprechende Gesetzesänderung. Die CDU/CSU-Fraktion lehnte die Öffnung der Ehe für schwule und lesbische Paare mehrheitlich ab: rund 75 %

stimmten dagegen, während etwas mehr als ein Viertel der Unionsabgeordneten mit „Ja“ votierte. Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte, er „habe Respekt für die Haltung eines jeden Kollegen, einer jeden Kollegin“. Er betonte in der Debatte, dass jeder nach seinem Gewissen entscheide, wie er sich bei der Abstimmung verhalte. Aus der CDU-Landesgruppe stimmten 39 Abgeordnete gegen die Öffnung der Ehe, vier Abgeordnete stimmten dafür. Eine Übersicht über das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten finden Sie unter

<http://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung/?id=486>.

Mittelstandsdialog der CDU-Landesgruppe



Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag sieht sich insbesondere für den Mittelstand als Sprachrohr wenn es darum geht, auf Bundesebene die Rahmenbedingungen für gutes Wirtschaften zu verbessern. Deswegen ist uns ein enger Austausch wichtig. Deshalb hatte die Landesgruppe zum Mittelstandsdialog mit Bundesfinanzminister **Dr. Wolfgang Schäuble MdB** eingeladen. Zahlreiche Mittelständler aus Baden-Württemberg nutzten die Gelegenheit, ausführlich mit dem Minister und den baden-württembergischen CDU-Abgeordneten ins Gespräch zu kommen.

Thematisch ging es dabei um Entbürokratisierung und Forschungsförderung, um den Fachkräftemangel und die Vermeidung von Schwarzarbeit. Dabei wurde immer wieder deutlich, dass Schritte in die richtige Richtung eingeleitet wurden, in der kommenden Legislaturperiode gleichwohl weitere Impulse für die mittelständische Wirtschaft notwendig sind. Dafür wird sich die CDU-Landesgruppe im Regierungsprogramm starkmachen.

Meilenstein in der Hospiz- und Palliativversorgung



Am Donnerstag lud **Markus Grübel** in seiner Funktion als Co-Vorsitzender zu einer letzten Sitzung des Interfraktionellen Gesprächskreises Hospiz in dieser Legislaturperiode ein. Im Bereich der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland wurde in dieser Wahlperiode ein Meilenstein erzielt. Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung sowie dem Gesetz gegen geschäftsmäßige Sterbehilfe konnte viel erreicht werden! Beide Gesetze gehören zusammen, denn sie machen deutlich,

dass Sterbende und Schwerstkranke begleitet werden und alles dafür getan wird, dass die Würde des Menschen bis zuletzt Achtung findet. Eine Mehrheit im Bundestag hat sich außerdem gegen geschäftsmäßige Sterbehilfe ausgesprochen.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung wurde u.a. die finanzielle Ausstattung stationärer Kinder- und Erwachsenen-Hospize verbessert. Versicherte haben außerdem nun einen Anspruch auf individuelle Beratung und Hilfestellung durch die gesetzlichen Krankenkassen bei der Auswahl und Inanspruchnahme von Leistungen der Palliativ- und Hospizversorgung. Es soll besser über das bestehende Angebot informiert werden. Dabei sollen Krankenkassen auch allgemein über Möglichkeiten persönlicher Vorsorge für die letzte Lebensphase informieren, insbesondere zu Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung.

An der Sitzung des Gesprächskreises Hospiz nahm auch die zuständige Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit, **Annette Widmann-Mauz**, teil und ging noch einmal auf die Erfolge dieser Wahlperiode ein. Die Staatssekretärin nahm sich außerdem Zeit, um Fragen zur Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung zu verbessern. Die Vertreter der Hospizverbände und Palliativmediziner lobten das Gesetz. Abschließend wurde dann noch gemeinsam über mögliche Aufgaben und Herausforderungen für die kommende Legislaturperiode diskutiert.

Sparkassen-Gespräch mit dem Finanzminister



Am Freitag trafen sich auf Einladung der Landesgruppe die Vorstände der baden-württembergischen Sparkassen mit Bundesfinanzminister **Dr. Wolfgang Schäuble** im Rahmen eines Dialogs. Gerade aus Sicht der Sparkassen, die vor Ort die Entwicklung der mittelständischen Unternehmen begleiten und damit gemeinsam mit den Volks- und Raiffeisenbanken ein wichtiger Partner der Wirtschaft in Baden-Württemberg bilden, spielen kommunalpolitische Themen eine große Rolle. Gleichzeitig wirken sich aber Entwicklungen und Entscheidungen der Bundes- und Europapolitik unmittelbar auf die einzelnen Geldhäuser aus. So war vor allem die zukünftige Entwicklung der europäischen Finanzpolitik von großem Interesse für die anwesenden Sparkassenvertreter.

Der Bundesfinanzminister, der als Mitglied der Landesgruppe die Situation in Baden-Württemberg persönlich gut kennt, nahm die Impulse der Sparkassenvertreter gerne auf und betonte, auch weiterhin trotz schwieriger Interessenlage in den unterschiedlichen Staaten der Eurogruppe mit einer möglichst geradlinigen und langfristigen Geldpolitik die heimische Wirtschaft bestmöglich zu unterstützen.

Volksvertreter ziehen Bilanz



Für mehrere Kollegen aus der CDU-Landesgruppe bedeutete der letzte Sitzungstag heute das Ende einer langen und engagierten Mitarbeit im Deutschen Bundestag. Wir haben bei den ausscheidenden Abgeordneten nachgefragt:

Clemens Binninger

Wie hat sich die Arbeit im Parlament in den Jahren Ihrer Zugehörigkeit verändert?

Der Umfang und die Intensität der Arbeit haben zugenommen, was natürlich auch daran liegt, dass wir seit zwölf Jahren regieren und man damit auch als Abgeordneter mehr gefragt ist. Hinzu kommen große und schwierige Themen, wie die Banken- und Wirtschaftskrise, die Eurokrise und die Flüchtlingspolitik, die unsere und meine Arbeit sehr geprägt haben.

Welche Ziele, welche Themen waren und sind Ihnen wichtig, gerade auch in Zusammenarbeit mit den Kollegen aus der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg?

Vor allem zwei Politikfelder: Verkehr und Infrastruktur (Stuttgart21, Gäubahn etc.) und die Innenpolitik, wo die Kollegen der Landesgruppe, allen voran Armin Schuster, eine prägende Rolle gespielt haben.

Prof. Dr. Egon Jüttner

Wie hat sich die Arbeit im Parlament in den Jahren Ihrer Zugehörigkeit verändert?

Besonders augenscheinlich sind die Veränderungen der Bürger im Kommunikationsverhalten mit den Abgeordneten. Durch die digitalen Medien kann schneller, koordinierter und mit hohem Druck Einfluss ausgeübt werden. Dafür ist die aktuelle Sitzungswoche ein sehr gutes Beispiel. Ich habe in drei Tagen ungefähr 1.000 E-Mails zum Thema "Ehe für alle" erhalten. Im Jahre 1990, dem Jahr, in dem ich erstmals in den Bundestag eingezogen bin, hätte ich vermutlich nicht mehr als zehn bis zwanzig Briefe oder Faxe erhalten. Prinzipiell halte ich es natürlich für gut, dass Bürgerinnen und Bürger mehr Möglichkeiten haben, Einfluss zu nehmen.

Welche Ziele, welche Themen waren und sind Ihnen wichtig, gerade auch in Zusammenarbeit mit den Kollegen aus der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg?

Als Außen-, Menschenrechts- und Entwicklungshilfepolitiker habe ich in meiner Ausschussarbeit verhältnismäßig wenig mit der Landesgruppe zu tun gehabt, da alle meine Ausschuss- und Unterausschussmitgliedschaften Bundesthemen betreffen, für die es auf Länderebene keine Entsprechung gibt. Wichtig waren mir aber immer Mannheimer Themen und die der Metropolregion Rhein-Neckar. Gerade bezüglich Infrastrukturmaßnahmen wie Bahnsteig F, ICE-Ausbau und Autobahnausbau konnte ich mich immer auf die Unterstützung der Landesgruppe verlassen. Wir Baden-Württemberger sind eine gute und einflussreiche Truppe in Berlin. Ich bin ganz zuversichtlich, dass dies auch nach der Bundestagswahl so bleibt.

Gabriele Schmidt

Welche Ziele, welche Themen waren und sind Ihnen wichtig, gerade auch in Zusammenarbeit mit den Kollegen aus der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg?

Naturgemäß haben mich sozialpolitische Themen am meisten beschäftigt, schließlich bin ich seit über 40 Jahren Mitglied der CDA, ich war Mitglied der Arbeitnehmergruppe und nicht zuletzt Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Angefangen vom großen Rentenpaket im Jahr 2014 bis zu neuerlichen Verbesserungen der Betriebsrenten und der Erwerbsminderungsrente. 1,8 Millionen betroffene Erwerbsunfähigkeitsrentner, die kaum eine Lobby haben, werden deutlich besser gestellt. Dazwischen war das große Projekt des Bundesteilhabegesetzes, in das ich selber sehr viel Zeit und Engagement investiert habe: die umfassende Neuordnung der Leistungen für Menschen mit Behinderungen. In der Landesgruppe waren diese Themen nicht oft im Fokus, da sie - bei aller Wichtigkeit - nicht landesspezifisch sind. Heftig diskutiert haben wir über den Mindestlohn, da gingen zunächst die Wogen hoch und die Meinungen auseinander. Inzwischen haben aber wohl alle verstanden, dass er wichtig und richtig war.

Heinz Wiese

Wie hat sich die Arbeit im Parlament in den Jahren Ihrer Zugehörigkeit verändert?

Die Arbeit im Deutschen Bundestag hat sich seit "meiner" ersten Sitzungsperiode 1998-2002 - diese ist meine zweite - stark verändert. Die Arbeit ist mehr und auch intensiver geworden. Zugleich waren schwierige Probleme zu bewältigen, etwa der Bankenkrise und der Flüchtlingsfrage.

Welche Ziele, welche Themen waren und sind Ihnen wichtig, gerade auch in Zusammenarbeit mit den Kollegen aus der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg?

Die Zusammenarbeit mit den Kollegen der Landesgruppe während der vergangenen vier Jahre habe ich sehr geschätzt. Folgende Themen waren mir besonders wichtig: Als Mitglied des Familienausschusses natürlich die Familien-, darüber hinaus die Bildungs- und Sozialpolitik. Maßgeblich konnte ich dazu beitragen, dass die Flexi-Rente durchgesetzt wurde.

NSA-Ausschuss stellt Abschlussbericht vor



Von Nina Warken:

„Am vergangenen Mittwoch hat der NSA-Untersuchungsausschuss, dem ich als Obfrau der CDU/CSU angehört habe, nach dreijähriger Tätigkeit seinen Abschlussbericht an Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert übergeben. Das wichtigste Ergebnis darin ist: Eine massenhafte Überwachung deutscher Staatsbürger hat es nicht gegeben. Und auch der Vorwurf der Wirtschaftsspionage durch Nachrichtendienste der USA in Deutschland wurde vom Untersuchungsausschuss als unplausibel entkräftet. Im Rahmen des Berichtes über die

Tätigkeit des NSA-Ausschusses war es mir sehr wichtig, die gute Arbeit des Ausschusses im Plenum des Bundestages noch einmal zu betonen.

Denn dieser hat uns alle nicht zuletzt für die technischen und politischen Gegebenheiten im Internet sensibilisiert. Außerdem hat er auch beim deutschen Nachrichtendienst (BND) organisatorische und technische Defizite aufgezeigt. Deren Behebung wurde in einem weiteren Schritt auf den Weg gebracht. So wurden bspw. mit der Reform des BND-Gesetzes die rechtlichen Grundlagen für die Arbeit des Bundesnachrichtendienstes deutlich verbessert. Die innere Sicherheit in einer freiheitlichen Gesellschaft zu gewährleisten, ist schon immer ein Kernanliegen von CDU und CSU gewesen. Deshalb war für uns auch ganz klar, dass dort, wo Fehler geschehen sind, auch die gebotenen Konsequenzen gezogen werden müssen. Dies bedeutet für uns aber nicht, Nachrichtendienste pauschal zu diffamieren oder sogar abschaffen zu wollen. Es bedeutet viel mehr, Fehler zu beheben und gemeinsam daran zu arbeiten, dass sie sich nicht wiederholen.

Zudem ist der Ausschuss schon allein deshalb ein Erfolg gewesen, weil er sowohl die Politik als auch die Gesellschaft für die vielen Herausforderungen des digitalen Zeitalters sensibilisiert hat. So ist das Spannungsfeld zwischen dem Schutz der Privatsphäre des Einzelnen und der doch so notwendigen Tätigkeit der Sicherheitsbehörden selten so intensiv diskutiert worden. Herzlich danken für die gute Zusammenarbeit möchte natürlich auch meinen beiden baden-württembergischen Kollegen **Roderich Kiesewetter**, dem ich als Obfrau gefolgt bin, und **Matern von Marschall**, der dem Ausschuss als stellv. Mitglied angehört hat.“

Anstrengungen in Nordafrika erhöhen



Vor wenigen Tagen schaute ganz Europa nach Brüssel, wo die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union beim Juni-Rat über die entscheidenden Themen für die Zukunft des Kontinents beraten. Neben Brexit, griechischen Staatsschulden und notwendigen wirtschaftlichen Wachstumsimpulsen ist für **Thorsten Frei** (Wahlkreis Schwarzwald-Baar/Oberes Kinzigtal) die Lösung der Migrationsthemen von herausragender Bedeutung.

In einer Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages unterstrich Frei, dass man dabei aber gar nicht so viel und stur auf Syrien oder Afghanistan schauen dürfe, wo im Moment noch die meisten Flüchtlinge herkämen. Die eigentlichen Herausforderungen liegen tiefer in Afrika. Schließlich leben dort im Jahr 2050 etwa 2,5 Milliarden Menschen und Ende des Jahrhunderts werden sogar 4 Milliarden prognostiziert. „Wenn wir zukünftig auch weiterhin denen helfen wollen, die tatsächlich Hilfe brauchen, setzt das voraus, dass diejenigen ohne Bleibeperspektive wieder in ihre Heimat geschickt werden und wir unsere Grenzen entsprechend sichern“, so Frei.

In diesem Zusammenhang nannte er das Beispiel Nigerias. Im Jahr 2016 kamen knapp 18.000 Bootsflüchtlinge von dort, von denen lediglich 520 als Flüchtlinge anerkannt wurden. 14.000 von ihnen wurden abschließend ohne Schutzstatus abgelehnt, wovon aber nur 120 abgeschoben wurden. „Wenn wir es nicht schaffen, diese Menschen zurückzuführen, dann müssen wir dafür sorgen, dass sie gar nicht erst nach Europa kommen“, so die Quintessenz des Abgeordneten aus dem Wahlkreis Schwarzwald-Baar/Oberes Kinzigtal. Insofern stützt Thorsten Frei Überlegungen, wonach Deutschland die eigenen Anstrengungen in Nordafrika – beispielsweise im Rahmen einer EU-

Schutztruppe an der Grenze zu Niger oder in Form von Migrations-Camps in Libyen – deutlich erhöhen muss.

Deutsch-französische Zusammenarbeit für die Zukunft Europas



Von **Matern von Marschall** (Wahlkreis Freiburg), Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union:

„Mit der Wahl Emmanuel Macrons, haben wir nun einen französischen Staatspräsidenten, der eine engere und intensivere deutsch-französische Zusammenarbeit voranbringen möchte. Viele seiner Kabinettsmitglieder sind zudem mit Deutschland bestens vertraut. Vor diesem Hintergrund ist das Wahlergebnis der französischen Parlamentswahlen, bei dem Macrons La République en Marche die absolute Mehrheit erringen konnte, ein positives Signal für die deutsch-französische Freundschaft und damit auch für Europa.

Zugleich steht Frankreich vor großen innenpolitischen Herausforderungen. Eine davon stellt der bisher nie dagewesene Systemwechsel dar: fast zwei Drittel der neuen Abgeordneten haben keine politische Erfahrung. Trotz des großen Wahlerfolges wird die Arbeit daher nicht von selbst gelingen. Frankreich hat große Aufgaben zu lösen: die Verschuldung ist mit 2,16 Billionen Euro exorbitant hoch, seit Jahren verletzt das Land die Drei-Prozent-Defizitgrenze des Stabilitätspaktes. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit hoch. Die Zeit drängt also. Deshalb ist es gut, dass Macron umfangreiche Reformen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes angekündigt hat, die bereits in Kürze per Dekret umgesetzt werden sollen. Nur so kann die hohe Jugendarbeitslosigkeit verringert und damit den jungen Menschen eine Zukunftsperspektive eröffnet werden. Von linker Seite werden diese Reformen bisweilen als eine französische Variante der Schröder'schen Agenda kritisiert; das trifft auch auf Teile der SPD zu.

Die Bundesregierung setzt große Hoffnungen in die Zusammenarbeit mit Präsident Macron. Im Bereich der Terrorbekämpfung, der Verteidigungspolitik und der zugleich notwendigen Vertiefung der Entwicklungszusammenarbeit gibt es Chancen für eine Vertiefung der Kooperation, die für ganz Europa beispielgebend sein können. Noch ein Wort zu den Parlamentswahlen: der überwältigende Sieg von „La Marche“ kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass durch das Mehrheitswahlrecht und eine sehr niedrige Wahlbeteiligung sich nun erhebliche Teile der Bevölkerung nicht angemessen repräsentiert fühlen. Auch dem muss Macron als Präsident aller Franzosen Rechnung tragen. Wir werden Emmanuel Macron bei seinen ambitionierten Reformbemühungen unterstützen. Denn wir brauchen ein starkes Frankreich an unserer Seite. Alleine können und wollen wir nicht die europäische Agenda führen, aber gemeinsam mit Frankreich können wir Kompromisse erarbeiten, die dann auch die Chance für ein geschlossenes Vorgehen aller Mitgliedstaaten bieten. Wir möchten alle mitnehmen, die großen wie die kleinen. Dies ist auch das Vermächtnis Helmut Kohls. Nur so gelangen wir zu einem starken geschlossenen Europa. Und das brauchen wir in Zeiten globaler Herausforderungen mehr denn je.“

Neuordnung des Urheberrechts



Mit der Neuordnung des Urheberrechts haben wir zum Abschluss der Wahlperiode einen wichtigen Kompromiss zwischen einer zukünftig einfacheren und wissenschaftsfreundlichen Nutzung wissenschaftlicher Werke durch Universitäten und dem Interesse zum Schutz des geistigen Eigentums der Verlags- und Medienhäuser erreicht. Das heute beschlossene Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz ist ein wichtiger Schritt, um mit anwenderfreundlichen Vorschriften einen Ausgleich zwischen unbürokratischer Nutzung für die Anwendung in Forschung und Lehre und adäquater Entlohnung der Verlagshäuser zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf moderne digitale Nutzungsgewohnheiten.

Zukünftig wird nun die wissenschaftliche Benutzung im Umfang von 15 Prozent des Werkes ohne Erlaubnis des Rechteinhabers zulässig sein. Als Ausgleich ist eine angemessene Vergütung an die Verlage zu zahlen, die über eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden kann. Gerade als rohstoffarmes Land müssen wir eine hochkarätige und zeitgemäße Lehre und Forschung ermöglichen. Gleichzeitig gilt es den Wert geistiger Arbeit zu schätzen und ihn auch rechtlich zu schützen. Nur so können wir auch zukünftig Innovationskraft und technologischen Vorsprung erhalten.

Daher hat sich der Bundestag in einem Entschließungsantrag auch dafür ausgesprochen, die Bedeutung der Lizenzierung für die Verlage ausdrücklich zu unterstützen. Der Antrag enthält die Forderung, den Aufbau einer zentralen Plattform voranzutreiben, um die Verlage zu unterstützen, zukünftig eine praktikable Lizenzierung für Bildung und Wissenschaft zu ermöglichen. Die Befristung des Gesetzes auf fünf Jahre gibt uns hierbei die Möglichkeit, das Gesetz in Zukunft erneut anzupassen.

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundestag.de/mediathek.

Weitere Informationen finden Sie im Angebot CDU/CSU-Fraktion unter



Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie unter www.cdu-lg-bw.de.

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251

info@cdu-lg-bw.de
www.cdu-lg-bw.de

*Impressum:
CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
Platz der Republik 1
11011 Berlin
[Newsletter abbestellen](#)*